



**Vorschlag für ein Rahmenprogramm der
Piratenpartei für die Landtagswahl 2011
in Mecklenburg-Vorpommern**

Niels Lohmann

5. Februar 2011

Vorwort

Ziel dieses Rahmenprogrammes ist eine thematische Vorbereitung auf den Wahlkampf zur Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern. Es soll den grundsätzlichen Rahmen und eine Gliederung für ein noch auszuarbeitendes Wahlprogramm bieten.

Obwohl das Rahmenprogramm inhaltlich weitgehend dem Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland [3] folgt, wurde eine vereinfachte Gliederung gewählt, in die die unterschiedlichen Themen einsortiert wurden. Statt in 16 Gliederungspunkte ist das Rahmenprogramm in lediglich drei Themenkomplexe gegliedert:

1. Bürgerrechte in der Wissensgesellschaft
2. Mehr Transparenz in Staat und Wirtschaft
3. Nachhaltiger Umgang mit Wissen und Ressourcen

Hintergrund der Neugliederung ist der Versuch der Systematisierung der unterschiedlichen Themenfelder sein, für die sich die Piratenpartei einsetzt. Dies hat folgende Vorteile:

- Das Programm ist besser zu überblicken und Themen können schneller gefunden werden. Dies erleichtert es, potenzielle Wähler gezielter zu erreichen.
- Jedes Themenfeld folgt einer einheitlichen Motivation. Somit können Themen leicht den verschiedenen Grundsätzen der Piratenpartei zugeordnet werden. Dies soll Gespräche mit den Bürgern im Wahlkampf erleichtern.
- Der Bundesparteitag in Chemnitz hat zwar den Weg in Richtung eines Vollprogrammes geebnet, allerdings fehlt unserem jungen Landesverband die Größe und Kompetenz, ein solches Vollprogramm mit Leben zu füllen. Eine bewusste Reduktion auf ursprüngliche Kernthemen stärkt unsere Partei, sie stiftet Identität und schafft Glaubwürdigkeit.

Rostock, im Februar 2011
Niels Lohmann

Inhaltsverzeichnis

Themenkomplex 1: Bürgerrechte in der Wissensgesellschaft

1.1	Freiheit vor Überwachung	4
1.2	Datenschutz	4
1.3	Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit	5
1.4	Freie Entfaltung	6

Themenkomplex 2: Mehr Transparenz in Staat und Wirtschaft

2.1	Gläserner Staat	7
2.2	Transparente Volksvertreter	7
2.3	Mehr Demokratie wagen	7

Themenkomplex 3: Nachhaltigkeit mit Wissen und Ressourcen

3.1	Freier Zugang zu digitaler Kommunikation	9
3.2	Freier Zugang zu Bildung und Forschungsergebnissen	9
3.3	Neues Patent- und Urheberrecht	10
3.4	Nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik	10

Themenkomplex 1

Bürgerrechte in der Wissensgesellschaft

1.1 Freiheit vor Überwachung

Seit der Verkündung des Grundgesetzes hat Deutschland den Schritt von der Industrie in eine Wissensgesellschaft vollzogen. Daher müssen inzwischen unstrittige Grundrechte wie Briefgeheimnis, Freizügigkeit, Unverletzlichkeit der Wohnung an das heutige Selbstverständnis angepasst werden. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht jüngst ein neues Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme bejaht [1].

Die Piratenpartei setzt sich für die Stärkung dieses Grundrechtes und anderer Bürgerrechte ein. Die Piratenpartei sieht in der zunehmenden verdachtsunabhängigen Überwachung der Bürger eine Gefahr für die Freiheit.

- Eine **Überwachung** des Bürgers im öffentlichen Raum, beispielsweise durch Kameras, ist abzulehnen. Die Argumentation, es diene der Kriminalitäts- oder gar Terrorbekämpfung wurde vielfach widerlegt — Überwachung schafft keine Sicherheit!
- Auch im digitalen Raum ist eine pauschale **Aufzeichnung der Verkehrsdaten des Bürgers** ein nicht hinzunehmender Eingriff in die Privatsphäre. Gleichzeitig führt dies zu einer pauschalen und ständigen Verdächtigung des Bürgers, sodass sie Unschuldsvermutung ad absurdum geführt wird.

Stichpunkte: Vorratsdatenspeicherung

1.2 Datenschutz

Datensammlung von personenbezogenen Daten bergen immer Risiken, die heute noch nicht vollständig abzusehen sind. Ohne dass der Betroffene davon erfährt, können die Daten missbraucht und gegen ihn verwendet werden. Darüberhinaus kann eine automatische Verarbeitung von erhobenen Daten fatale Folgen haben. Das so genannte Creditscoring ist ein Beispiel, das das Missbrauchspotential in der Vergangenheit sehr gut

aufzeigt. Der Handel und das Auswerten von Daten ist inzwischen so weitverbreitet und kostengünstig möglich, dass es für die Betroffenen selbst bei der freiwilligen Weitergabe ihrer Daten die Folgen unmöglich abschätzen können. Auf eine freiwillige und wirksame Reaktion des Marktes kann der Bürger nicht hoffen. Hier muss der Staat einschreiten und einen grund- und bürgerrechtsfreundlichen Rahmen vorgeben.

Die Piratenpartei setzt sich für einen stärkeren Datenschutz — von einer sparsameren Erhebung über eine kürzere Speicherung bis hin zu einer eingeschränkteren Weitergabe — ein.

- Der Grundsatz der **generelle Datensparsamkeit** muss vom Gesetzgeber eingefordert und der ausufernden Datensammlung entgegengesetzt werden. Nur das notwendige Minimum an Daten darf erhoben werden und muss nach Beendigung der jeweiligen Verarbeitung umgehend gelöscht werden. Einer Pseudonomisierung der Daten ist immer [irgendwas passendes]. Eine Auskunft und Löschung aller gespeicherten Daten muss jederzeit kostenfrei möglich sein.
- Datenhandel muss strenger geregelt, überwacht und bei Verstößen geahndet werden. Der Gefahr der Verknüpfung von Daten aus mehreren Datenquellen muss damit schon durch den Gesetzgeber vorgebeugt werden. Gleiches gilt für die **Weitergabe von Daten** über Landesgrenzen hinweg — oft unter dem Vorwand der internationalen Terrorbekämpfung. Wie in Punkt 1.1 stellt dies Beweisumkehr da und widerspricht der Unschuldsvermutung.

Stichpunkte: Flugdatenabkommen, SWIFT-Abkommen, Schufa

Maßnahmen: "Datenbrief" [2]¹

1.3 Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit

Das Recht auf freie Meinung ist eine zentrale Errungenschaft der modernen Gesellschaft und oft als Indikator benutzt, vermeintlich "unfreie" Gesellschaften zu entlarven. Allerdings wird auch in einer freien Wissensgesellschaft in zunehmendem Maße die Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit eingeschränkt.

Das Recht auf freie Äußerung der eigenen Meinung ist eine zentrale Errungenschaft der modernen Gesellschaft und oft als Indikator benutzt, um vermeintlich "unfreie" Gesellschaften zu entlarven. Allerdings wird auch in unserer Gesellschaft in zunehmendem Maße die Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit eingeschränkt.

Die Piratenpartei setzt sich für die Wahrung dieser Grundrechte ein und lehnt eine Einschränkung dieser Rechte strikt ab.

¹Diese Maßnahme ist eine Idee des Chaos Computer Club und ist durch keine Parteitagsbeschluss gedeckt.

- Die Chancen der erleichterten Verbreitung von Wissen und Informationen überwiegen die damit verbundenen Risiken. Die Darstellung des Internets als "rechtsfreien Raum" bleibt falsch und ist keine Legitimation für **Zensurmaßnahmen**. Bereits mehrfach als übertrieben und wirkungslos überführt, kann eine Einschränkung der Informationsfreiheit keine Alternative zur Umsetzung von geltendem und anwendbarem Recht sein.
- In den vergangenen Monaten haben mehrfach Veröffentlichungen von geheimen Dokumenten Schlagzeilen gemacht — zum Beispiel über die Internetplattform **Wikileaks**. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag zur Transparenz und zur Wahrung Informationsfreiheit. Im Sinne einer freien Presse und einer informierten Gesellschaft mündiger Bürger wollen wir Informanten — auch als Whistleblower bekannt — gesetzlich schützen.

Stichpunkte: Zugangserschwerungsgesetz, Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, Internetsperren in Ägypten

Maßnahmen: Löschen statt Sperren, Wikileaks

1.4 Freie Entfaltung

Auch die im Grundgesetz verankerten Rechte auf Würde, freie Entfaltung, Freizügigkeit und Gleichheit müssen nach 60 Jahren an die gesellschaftliche Realität angepasst werden. Dies betrifft zum Beispiel die gesonderte Rolle der Ehe und Familie, die neue Lebensmodelle berücksichtigen muss. Ebenso muss die Existenzsicherung, die in Form von Transferleistungen leider keine Einzelfallregelung mehr darstellt, überdacht werden.

Die Piratenpartei setzt sich für eine zeitgemäße Politik ein, die das Recht auf freie Entfaltung stärkt.

- Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe [Aus Wiki herauskopieren]
- Eine zeitgemäße Familien- und Geschlechterpolitik muss der Vielfalt der Lebensstile gerecht werden. Deshalb setzen wir uns für freie Selbstbestimmung der eigenen sexuellen Identität ein. Dazu gehört auch die **Gleichstellung aller Partnerschaften** unabhängig von Geschlecht und Anzahl. Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder pflegebedürftige Menschen versorgt werden, verdienen jedoch besonderen Schutz.

Hinweis: Dieser Themenkomplex ist an Punkt 7, 11, 12 und 14 des Grundsatzprogrammes [3] angelehnt.

Themenkomplex 2

Mehr Transparenz in Staat und Wirtschaft

2.1 Gläserner Staat

- Auskunftspflicht der Behörden zu allen Vorgängen, Daten ("gläserner Staat", Open Data)
- offene Standards
- freie Software
- zeitgemäße Verwaltung ("E-Government")
- Erweiterung der Informationsfreiheitsgesetze

Maßnahmen: Open Data, E-Government

2.2 Transparente Volksvertreter

- Die politische Arbeit wird in Deutschland stark von Lobbys gesteuert. Unternehmen beeinflussen Politiker und die Gesetzgebung maßgeblich. Diese Abhängigkeiten zwischen Unternehmen und Politikern müssen aufgedeckt werden. Abgeordnete sollen Nebentätigkeiten und daraus resultierende Einkünfte veröffentlichen. Die Entscheidungsfindungsprozesse müssen nachvollziehbar sein. Nur so kann eine demokratische Gesellschaft Machtmissbrauch und Korruption verhindern.
- Transparenz bei Parteispenden

Stichpunkte: Stuttgart 21, Steuervergünstigungen für Hoteliers, Mautverträge

2.3 Mehr Demokratie wagen

- Basisdemokratie, partizipative Demokratie, e-Petitionen

- Gewaltenteilung
- mehr Demokratie beim Wählen: Kumulieren/Panaschieren
- stärkeres Petitionsrecht

Maßnahmen: ePetitionen, Liquid Democracy

Hinweis: Dieser Themenkomplex ist an Punkt 2, 5, 8 und 16 des Grundsatzprogrammes[3] angelehnt.

Themenkomplex 3

Nachhaltiger Umgang mit Wissen und Ressourcen

Mit Ressourcen muss nachhaltig umgegangen werden, um auch zukünftigen Generationen gerecht zu werden. Eine wichtige Ressource ist Wissen — der Umgang mit Wissen muss nachhaltig sein. Dies betrifft sowohl die Wissenschaft, den Zugang als auch die Weitergabe von Wissen. Bildung sind Grundbausteine des demokratischen Rechtsstaates. Eine freie Gesellschaft lebt von mündiger Bürgern.

Selbstverständlich muss auch der nachhaltige Umgang mit Umweltgütern sein.

3.1 Freier Zugang zu digitaler Kommunikation

- Zugang zu digitaler Kommunikation (“Internet als Grundrecht”)
- Umgang mit digitaler Kommunikation lernen (Medienkompetenz)

3.2 Freier Zugang zu Bildung und Forschungsergebnissen

- Bildung ist ein Grundbaustein des demokratischen Rechtsstaates. Deshalb fordern wir **freien und unbeschränkten Zugang zu Wissen**, verbunden mit gleichen Bildungschancen für alle Bürger. Das schließt auch die Abschaffung der Studien- und allen anderen Bildungsgebühren ein.
- Vielfalt und Wahlfreiheit
- Ein Großteil der Forschung und Kultur in Deutschland wird mit Steuern und öffentlichen Abgaben finanziert. Trotzdem sind die Ergebnisse oft urheberrechtlich geschützt — und für die Öffentlichkeit nicht ohne Weiteres nutzbar. Wir unterstützen die Idee des **Open Access** und fordern, dass Werke, die von der Allgemeinheit finanziert werden, der Allgemeinheit auch kostenlos zur Verfügung stehen müssen.

Stichpunkte: Depublizieren¹

Maßnahmen: Open Access

3.3 Neues Patent- und Urheberrecht

- Das **Patentwesen** wurde zu einem juristischen Werkzeug, um Wettbewerb zu blockieren und Monopole zu sichern. Wir streben einen fairen Ausgleich zwischen Erfindern und der Allgemeinheit an. Patente auf Lebewesen, Gene, Geschäftsideen und Software dagegen lehnen wir ab, da sie unverantwortliche ethische und wirtschaftliche Folgen haben.
- Das Nutzungsrecht entfernt sich immer weiter vom Urheber — es entwickelt sich zum reinen Verwerterrecht. Musik- und Filmindustrie profitieren, Nutzer werden kriminalisiert. Wir fordern ein **neues Urheberrecht**, das Urheber schützt, ohne Nutzer zu entrichten. Deshalb unterstützen wir neue Geschäfts- und Verwertungsmodelle, die Urhebern mehr Kontrolle über ihre Werke geben und die Rechte von privaten Nutzern und Kreativen stärken.

Maßnahmen: Offene Lizenzen (GPL, Creative Commons), Open Source Software

3.4 Nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik

- Die **Erhaltung einer lebenswerten Umwelt** ist die Grundlage für eine Existenz in Freiheit. Dazu gehört der verantwortungsvolle Umgang mit Natur und Ressourcen. Aus diesem Grund lehnen wir Atomkraft ab und halten am Atomausstieg fest.² Wir sind für eine Vielfalt an zukunftsfähigen und dezentralen Energiekonzepten und gegen Monopole auf dem Energiemarkt.

Hinweis: Dieser Themenkomplex ist an Punkt 3, 4, 6 und 9 des Grundsatzprogrammes [3] angelehnt. Die Texte sind weitgehend aus dem Hamburger Wahlprogramm [4] entnommen.

¹Ist noch als Punkt einzuarbeiten.

²Dieser Punkt wurde aus dem Hamburger Wahlprogramm [4] entnommen und ist nicht durch einen Punkt im Grundsatzprogramm oder einen Parteitagsbeschluss gedeckt.

Literaturverzeichnis

- [1] Bundesverfassungsgericht. Leitsätze zum Urteil des Ersten Senats vom 27. Februar 2008.
http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20080227_1bvr037007.html, 2008.
- [2] Chaos Computer Club. Datenbrief, 2010.
- [3] Piratenpartei Deutschland. Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland.
<http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm>, 2010.
- [4] Piratenpartei Hamburg. Wahlprogramm 2011, 2011.